Stadtvertretung am 18.04.2016

hier: Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 00684/2016 der AfD- Fraktion

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beauftragt das Rechnungsprüfungsamt, die Finanzbeziehungen der Stadt Schwerin, ihrer Eigenbetriebe und Beteiligungen in Sachen Klub Einblick e.V. zu überprüfen.

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit, ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Der Antrag der Fraktion hat eine Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes durch die Stadtvertretung zum Inhalt. Der gegebene Antrag ist unstreitig zulässig und entspricht der Vorschrift des § 5 Abs. 1 der Rechnungsprüfungsordnung der Landeshauptstadt Schwerin. Sofern die Stadtvertretung diesem Antrag mehrheitlich zustimmt, gilt die entsprechende Prüfverpflichtung für das RPA, soweit diese nicht den rechtlichen Vorschriften widerspricht.

Im Sinne einer fachamtlichen Stellungnahme gebe ich zu bedenken:

1. Der Aufgabenkatalog der örtlichen Rechnungsprüfung wird durch den § 3 KPG M-V abschließend bestimmt. Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 3 Abs. 1 KPG M-V umfassende Prüfungskompetenzen gegenüber der Verwaltung. Aus dem § 3 Abs. 2 KPG M-V ließen sich für das Prüfungsbegehren auch noch Prüfungskompetenzen gegenüber den Eigenbetrieben ableiten. Keine gesetzlichen Prüfungsrechte hat das Rechnungsprüfungsamt gegenüber den Eigengesellschaften der Landeshauptstadt Schwerin. Eine Prüfung der Finanzbeziehungen der städtischen Eigengesellschaften zum „Klub Einblick e.V.“ ist damit diesseits nicht möglich.
2. Das Rechnungsprüfungsamt hat keine gesetzlich bestimmte Prüfungskompetenz gegenüber Dritten. Ermächtigungen für die direkte Prüfung des Klubs „Einblick e.V.“ sind damit gesetzlich nicht gegeben.
3. Bei einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Stadtvertretung wird das Rechnungsprüfungsamt prüfen, ob und in welcher Höhe öffentliche Mittel der Landeshauptstadt Schwerin in den Verein fließen.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Zusätzliche Belastungen des städtischen Haushaltes bzw. negative Auswirkungen auf das Haushaltssicherungskonzept werden durch den Antrag nicht begründet.

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Die Stadtvertretung möge über den Antrag entscheiden.

Torsten Rath
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes